

Konferenz: wie die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten letztlich die Position aller Lohnabhängigen schwächt =

Linz (OTS) - Die Konferenz "Un(ter)dokumentiert arbeiten in Europa" beschäftigt sich mit der Lage von Migrantinnen und Migranten und den gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Am Montag, 5. Dezember 2011, von 10 bis 17 Uhr werden international anerkannte Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis an der Johannes Kepler Universität Linz, Repräsentationsraum G, referieren und diskutieren.

Aktuell leben rund 215 Millionen Menschen weltweit nicht mehr in dem Land, in dem sie geboren sind. Hauptursache für Migration sind die enormen Einkommens- und Verteilungsunterschiede zwischen Entwicklungs- und Industrieländern.

Auch in Österreich arbeiten Migrantinnen und Migranten häufig unterhalb ihrer Qualifikation in Niedriglohnbranchen, in gesellschaftlich gering bewerteten Jobs, zum Teil ohne Aufenthalts- und Arbeitspapiere. Laut Statistik Austria fühlen sich rund 28 Prozent der im Ausland Geborenen für ihren Job überqualifiziert, während es unter den Inländern/-innen knapp 10 Prozent sind.

Un(ter)dokumentierte Arbeit wird jenseits der regulären, staatlich erfassten und entsprechend regulierten Sektoren des Arbeitsmarkts geleistet. Fehlende Arbeitnehmerschutz-Bestimmungen und daraus resultierende hohe Unfallrisiken sowie massive physische und psychische Belastungen sind ebenso Kennzeichen dieser Form der Arbeit wie eine fehlende soziale Absicherung.

Die soziale und rechtliche Diskriminierung un(ter)dokumentiert Arbeitender macht diese nicht nur erpressbar und ausbeutbar. Sie führt auch dazu, dass sozial- und arbeitsrechtliche sowie kollektivvertragliche Standards unterminiert werden. Die rechtliche Schutzlosigkeit führt so letztlich zu einer Schwächung der Position aller Lohnabhängigen.

Lohnarbeit darf jedoch nicht von Rechten entkoppelt sein. "Nicht nur im Fall von Lohnbetrug sollen rechtliche Schritte gegen Arbeitgeber möglich sein, sondern darüber hinaus sollen Ansprüche bestehen wie aufgrund eines gültigen Arbeitsvertrages, etwa in Bezug auf Kündigungs- und Entlassungsschutz", betont AK-Präsident Kalliauer.

Um die eigenen Rechte einklagen zu können, brauchen undokumentiert Arbeitende zumindest während eines laufenden arbeitsrechtlichen oder sozialrechtlichen Verfahrens einen gesicherten Aufenthalt.

Die Konferenz setzt sich zum Ziel, das breite Themenfeld mit Interessierten aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik, NGOs und sozialen Bewegungen gemeinsam zu diskutieren. Die Veranstaltung des Instituts für Soziologie der JKU und FORBA (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt) findet in Kooperation mit der Arbeiterkammer Oberösterreich statt.

Programm der Konferenz:

<http://www.jku.at/soz/content/e134732/e143217/>

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation

Martina Macher

Tel.: (0732) 6906-2190

<mailto:martina.macher@akooe.at>

<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0064 2011-11-30/09:40

300940 Nov 11

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20111130_OTS0064